



Referat von Franziska Ryser, Nationalrätin, Vize-Präsidentin GRÜNE Discours de Franziska Ryser, conseillère nationale, vice-présidente des VERT-E-S

*Es gilt das gesprochene Wort.
Seules les paroles prononcées font foi.*

Wenn die Schweiz ernsthaft Lösungen für die Klimakrise finden will, wäre die Abschaffung der Stempelsteuer ein fataler Fehler.

Die Abschaffung der Stempelabgabe führt jährlich zu Steuerausfällen von 250 Millionen. Und mit den Folgeprojekten sollen weitere Mindereinnahmen von über 2 Milliarden Franken in Kauf genommen werden. Dabei wurden Grossunternehmen bereits mit der letzten Unternehmenssteuer-Senkung im Rahmen der STAF stark entlastet. Bevor Gemeinden und Kantone sich an die Ausfälle anpassen konnten, soll schon der nächste Abbau der Staatseinnahmen folgen.

Dabei ist es gerade jetzt wichtig, dass der Bund genügend Mittel zur Verfügung hat, um unsere Klimaziele rechtzeitig zu erreichen. Zur Bekämpfung der Klimaerhitzung müssen der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben und die energetischen Sanierungen von Gebäuden beschleunigt werden. Ambitionierte Klimapolitik geht nur mit stabilen öffentlichen Finanzen. Mit den 250 Millionen könnte beispielsweise das Gebäudeprogramm verdoppelt und mit den so geförderten Massnahmen über eine Million Tonnen CO₂ eingespart werden.

Gerade nach dem Nein zum CO₂-Gesetz, welches einen Teil des Klimaschutzes verursachergerecht finanziert hätte, werden noch mehr Aufgaben auf den Bund zukommen. Klimaschutz muss künftig noch stärker über den Bundeshaushalt finanziert werden. Mit Steuerausfällen in Milliardenhöhe bringen wir diese Investitionen in Gefahr und reduzieren den dringend notwendigen Spielraum zur Erreichung unserer Klimaziele.

Die Bürgerlichen behaupten, mit der Abschaffung der Stempelsteuer die Unternehmen nach der Corona-Pandemie zu entlasten. Das stimmt nicht. Denn unter der Krise gelitten haben vor allem kleine und mittlere Unternehmen und Start-Ups – diese sind aber in den allermeisten

Fällen bereits heute von der Stempelsteuer befreit. Bereits heute besteht eine Freigrenze für Eigenkapitalerhöhungen von einer Million, in wirtschaftlich schwierigen Situationen gar von 10 Millionen. Die Abschaffung der Stempelabgabe würde also weder Investitionen auslösen noch Arbeitsplätze schaffen. Sie ist einzig ein teures und unnötiges Steuergeschenk an Grossunternehmen und Banken.

Die Covid-19-Pandemie hat uns ganz im Gegenteil gezeigt, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat im Falle einer Krise ist. Das gilt genauso für die nächste grosse Krise, die wir als Gesellschaft meistern müssen: Die Folgen der Klimaerhitzung.

Die GRÜNEN unterstützen das Referendum gegen den Stempelsteuer-Bschiss. Wir wollen eine weitere Schwächung der Bundesfinanzen verhindern. Von der Emissionsabgabe auf Eigenkapital profitieren weder die Bevölkerung noch die von der Covid-19-Pandemie getroffenen KMUs, sondern in erster Linie multinationale Unternehmen, Banken und Versicherungen. Dafür werden Investitionen in den Klimaschutz bedroht.

Für die GRÜNEN ist klar: Nur mit einer nachhaltigen Finanzpolitik können wir unsere Klimaziele erreichen.